

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
 (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.074/6951)*
 Für Annahme des Entwurfes ... 160 Stimmen
 Dagegen ... 10 Stimmen

11.075

**Doppelbesteuerung.
 Abkommen mit Russland**
**Double imposition.
 Convention avec la Russie**

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 23.11.11 (BBI 2011 8955)
 Message du Conseil fédéral 23.11.11 (FF 2011 8215)
 Nationalrat/Conseil national 05.03.12 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 05.03.12 (Fortsetzung – Suite)

Bundesbeschluss über die Genehmigung eines Protokolls zur Änderung des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen der Schweiz und Russland
Arrêté fédéral portant approbation d'un protocole modifiant la convention entre la Suisse et la Russie contre les doubles impositions

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2
Antrag der Kommission
 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1, 2
Proposition de la commission
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
 (namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 11.075/6952)*
 Für Annahme des Entwurfes ... 103 Stimmen
 Dagegen ... 12 Stimmen

11.468

**Parlamentarische Initiative
 Büro-SR.**
**Teuerungsausgleich
 für die
 Einkommen
 und Vorsorge
 der Ratsmitglieder**

**Initiative parlementaire
 Bureau-CE.**
**Compensation du renchérissement
 pour les indemnités
 allouées aux parlementaires
 et pour la prévoyance professionnelle
 des parlementaires**

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 26.08.11
Date de dépôt 26.08.11
 Bericht Büro-SR 18.11.11 (BBI 2012 383)
 Rapport Bureau-CE 18.11.11 (FF 2012 291)
 Stellungnahme des Bundesrates 09.12.11 (BBI 2012 393)
 Avis du Conseil fédéral 09.12.11 (FF 2012 303)
 Ständerat/Conseil des Etats 22.12.11 (Erstrat – Premier Conseil)
 Nationalrat/Conseil national 05.03.12 (Zweitrat – Deuxième Conseil)
 Ständerat/Conseil des Etats 14.03.12 (Differenzen – Divergences)

Präsident (Walter Hansjörg, Präsident): Wir führen eine gemeinsame Eintretensdebatte zu den beiden Vorlagen.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Das Parlamentsressourcengesetz vom 18. März 1988 schreibt in Artikel 14 Absatz 2 vor, dass die Einkommen, Entschädigungen und Beiträge zu Beginn jeder Legislatur des Nationalrates angemessen an die Teuerung anzupassen sind. Wir diskutieren heute also nicht zufällig über dieses Thema, sondern wir führen die gesetzlichen Bestimmungen aus. Zweck dieser periodischen Teuerungsanpassung ist, dass die Ratsmitglieder keine versteckten Einkommenseinbussen erleiden oder effektive Spesenausgaben nicht volumnfähig rückerstattet werden. Insbesondere finanziell schlechtergestellte Ratsmitglieder würden sonst spürbare Nachteile erleiden, da sie das Einkommen und die Entschädigungen zur Besteitung der effektiven Lebenskosten benötigen.

Gewisse Einkommen, Entschädigungen und Beiträge wurden seit 2001 bzw. seit 2005 nicht mehr an die Teuerung angepasst. Die Parlamentsarbeit und der dafür erforderliche zeitliche Aufwand haben in den letzten zwanzig Jahren jedoch stark zugenommen. Das können Sie alle aus erster Hand nachvollziehen. Aufgrund der Komplexität der parlamentarischen Tätigkeit, der zunehmenden Intensivierung der internationalen Beziehungen und der fortschreitenden Verflechtung der nationalen Rechtsordnungen steht das Parlament einer immer grösseren Arbeitsbelastung gegenüber, die sich immer weniger mit der allgemeinen Vorstellung eines Milizparlamentes vereinbaren lässt. Die Verwaltungsdelegation hat diese Entwicklung in Bezug auf die Auswirkungen auf die berufliche Vorsorge untersuchen lassen und diskutiert. Sie hat festgestellt, dass sehr engagierte Ratsmitglieder, die viel Zeit für ihr parlamentarisches Mandat aufwenden, bei ihrer beruflichen Tätigkeit entsprechende Abstriche in Kauf nehmen und bei ihrer beruflichen Vorsorge Einbussen erleiden. Sie ist zum Schluss gekommen, dass die geltende Regelung den heutigen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird und schlägt Ihnen deshalb einen moderaten Ausbau und eine Anpassung des Verteilschlüssels vor. Die Vorlage, über die wir heute diskutieren, verfolgt zwei Ziele:

1. Die Einkommen und Entschädigungen sollen der Teuerung angepasst werden. Es geht also einzig und allein um

eine Anpassung an die Teuerung und nicht um ein höheres Einkommen.

2. Die Vorsorgeentschädigung soll nicht mehr als einheitlicher Betrag, sondern in Abhängigkeit des tatsächlich erzielten Einkommens aus der parlamentarischen Tätigkeit ausgerichtet werden, welche zum Beispiel von der Anzahl Kommissionssitze abhängig ist. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Ratsmitglieder unterschiedlich viel Zeit in die Parlamentstätigkeit investieren und, damit verbunden, ihre ausserparlamentarische berufliche Tätigkeit unterschiedlich stark einschränken müssen.

Die Zulagen der Rats- und Vizepräsidenten wurden seit 2001, also seit elf Jahren, und die Entschädigungen für Mahlzeiten, Übernachtungen, Auslandspesen sowie Distanzen seit 2005 nicht mehr an die Teuerung angepasst. Das Jahreseinkommen, die Jahresentschädigung und das Taggeld wurden letztmals im Jahr 2008 angepasst. Im Jahr 2010 wurden die Fraktionsbeiträge über einen Teuerungsausgleich hinaus real erhöht, um den gestiegenen Anforderungen an die Fraktionen gerecht zu werden. Diese Beiträge an die Fraktionen und für jedes Fraktionsmitglied werden mit der Vorlage, über die Sie heute befinden, nicht erhöht.

Schlussendlich muss man auch die finanziellen Auswirkungen auf den Tisch legen. Der vorgeschlagene Teuerungsausgleich für die Entschädigungen und Beiträge an die Ratsmitglieder führt zu jährlichen Mehrausgaben von rund 1,33 Millionen Franken. Die Anpassung der Vorsorgeentschädigung wird zu jährlichen Zusatzkosten von etwa 700 000 Franken führen. Die Übernahme dieser Zusatzkosten ist notwendig, damit durch die neue Regelung in der beruflichen Vorsorge nicht eine grosse Anzahl von Ratskolleginnen und Ratskollegen benachteiligt wird.

In diesem Sinn bitte ich Sie im Namen der Mehrheit des Büros, auf die Vorlage einzutreten, dem Antrag der Mehrheit des Büros zu folgen und den inhaltlichen Vorschlägen zuzustimmen.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Frau Kommissionssprecherin, ich stelle die Frage jetzt hier in der Eintretensdebatte, weil ich nicht so richtig weiß, wo ich sie stellen soll. Allenfalls kann sie ja von Herrn Hodgers beantwortet werden.

Die Jahresentschädigung für Personal- und Sachausgaben ist steuerbefreit, und zwar beim Bund wie auch in allen Kantonen. Das ist ein Ärgernis für viele Steuerpflichtige in der Schweiz und hat bereits einmal grosse Diskussionen ausgelöst. Ist Herr Mörgeli im Saal? – Ich weiß es nicht. Er hätte jetzt Gelegenheit, hierzu auch etwas zu sagen.

Meine Frage, Frau Kommissionssprecherin: Wird an der Praxis der Steuerbefreiung dieser Jahresentschädigung für Personal- und Sachausgaben festgehalten? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage lautet: Wird auch an der Praxis festgehalten, dass für diese Entschädigung kein AHV-Beitrag geleistet werden muss?

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Geschätzte Frau Kollegin Leutenegger Oberholzer, bei diesem Betrag von heute 31 750 Franken gemäss Artikel 3a des Parlamentsressourcengesetzes handelt es sich, wie Sie erwähnt haben, um eine Sachentschädigung. Diese ist dazu bestimmt, allfällige Bürokosten und allfällige Personalkosten für eine personelle Assistenz zu decken und entspricht nicht einem effektiven Einkommen; deshalb war sie bis jetzt nicht AHV-pflichtig.

Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, mit einem parlamentarischen Vorstoss darauf zurückzukommen und das allenfalls anzupassen.

Hodgers Antonio (G, GE), pour le Bureau: Cette initiative parlementaire vise à renforcer le parlement de milice. En effet, parlement de milice ne veut pas dire parlement de bénévoles. Il est important que les députés puissent recevoir des indemnités à la hauteur des sacrifices qu'ils font, notamment au niveau professionnel, pour siéger dans cette enceinte et contribuer ainsi à la prospérité du pays.

Cette indemnité est aujourd'hui simplement adaptée au renchérissement, car la loi du 18 mars 1988 sur les moyens alloués aux parlementaires dit à son article 14 alinéa 2 qu'au début de chaque législature du Conseil national une compensation adéquate du renchérissement sur les indemnités, les défraiements et les contributions est versée aux députés. C'est le premier volet de ce qui vous est proposé ici: une adaptation de nos indemnités annuelles – de la contribution, des indemnités journalières etc. – au renchérissement. Certaines de ces indemnités ont été adaptées en 2010, mais d'autres ne l'ont pas été depuis 2001. L'administration a calculé le coût du renchérissement en pourcentage de chacune de ces indemnités et a proposé un montant corrigé qui a été arrondi à une unité simple. Pour ce qui est des indemnités annuelles par exemple, qui s'élèvent aujourd'hui à 25 000 francs, le renchérissement de 3,63 pour cent équivaut à 906 francs supplémentaires. Cela a donc été arrondi à 26 000 francs. Ce volet-là, prévu par la loi, coûte globalement 1,3 million de francs de plus à la Confédération.

Il y a un second volet dans cette initiative parlementaire du bureau du Conseil des Etats, qui vise à améliorer la prévoyance des députés. En effet, la vie politique étant ce qu'elle est, il est de plus en plus courant que des députés se retrouvent dans des situations où ils ne sont pas réélus, où ils doivent se retourner professionnellement. Il arrive que des députés qui ont passé des années voire des dizaines d'années au sein de ce parlement se trouvent mal protégés à l'issue de leur vie politique en tant que parlementaires. Par conséquent, il est proposé ici d'adapter et d'améliorer cette prévoyance en changeant le système. Aujourd'hui la prévoyance équivaut à 16 pour cent d'un montant fixe, autour de 82 000 francs.

Le fait que la prévoyance professionnelle soit la même pour tous les députés n'est pas très juste, parce que certains députés prennent plus de commissions et consacrent plus de temps à leur activité parlementaire et réduisent d'autant leur activité professionnelle, alors qu'à l'inverse d'autres députés prennent une seule commission et gardent un taux d'activité professionnelle important en dehors de leur vie politique. Pourtant, dans ces deux cas, les députés reçoivent la même chose.

Cette injustice est flagrante pour nos collègues de la Chambre haute, le Conseil des Etats, puisqu'ils ont le plus souvent trois commissions, contre une moyenne de 1,4 dans notre conseil. Par conséquent, ils n'ont finalement pas une valorisation de la prévoyance professionnelle à la juste mesure de leur engagement. C'est pourquoi le Bureau du Conseil des Etats, suivi par le Bureau de notre conseil, a à nouveau proposé d'adapter le taux de la prévoyance professionnelle à celui des cadres I de l'administration fédérale, avec un taux de 26 pour cent, qui est donc non pas calculé à partir d'un montant fixe pour tout le monde, mais vraiment en fonction du nombre d'heures indemnisées que chaque député effectue pour le Parlement fédéral.

Cette deuxième adaptation coûte environ 700 000 francs. Par conséquent, l'ensemble de l'adaptation qui vous est ici proposée se chiffre à une hauteur de 2 millions de francs. Nous pensons que cette adaptation modeste maintient la Suisse dans un des niveaux européens les plus bas en matière de paiements et d'indemnisations des députés et qu'elle est, par conséquent, acceptable.

Je vous remercie de suivre le Bureau de notre conseil sur cette question.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Herr Hodgers, mir geht es nicht um diese Anpassung, sondern um eine fundamentale Frage, die ich Ihnen jetzt präzis stelle: Die normale Bürgerin und der normale Bürger müssen jede Einnahme versteuern; auf dem Lohnausweis wird jede Zusatzeistung sehr detailliert ausgewiesen und dem Einkommen zugerechnet. Unsere Sach- und Personalentschädigung unterliegt meines Wissens nicht der Besteuerung. Können Sie mir das jetzt bestätigen? Und können Sie vielleicht die unterschiedlichen Modalitäten darlegen, wie solche Entschädigungen



versteuert werden, je nachdem, ob jemand selbstständigerwerbend ist oder nicht?

Hodgers Antonio (G, GE), pour le Bureau: Madame Leutenegger Oberholzer, la question que vous soulevez n'a pas été traitée dans le cadre de ce renchérissement, parce que, comme la rapporteuse de langue allemande vous l'a dit tout à l'heure, la loi prévoit déjà ce qui est soumis à l'impôt et ce qui ne l'est pas dans nos indemnités.

Je vous donne l'exemple d'une situation parallèle: si vous travaillez dans une entreprise privée, et que cette entreprise vous oblige à faire des voyages, à gérer des affaires administratives, elle vous indemnise pour les frais réels de transport, de nuitée, de collaboration administrative, et ces frais-là ne vont pas être taxés car ils font partie des indemnités non soumises à l'impôt. A l'inverse, les indemnités liées au revenu des députés, elles, sont soumises à l'impôt.

Je comprends votre préoccupation: la problématique que vous soulevez n'a pas été traitée par le Bureau. A nouveau, je ne pourrai vous répondre que comme ma collègue: si vous désirez que nous abordions ce sujet, déposez une initiative parlementaire et nous pourrons l'approfondir.

de Buman Dominique (CE, FR): J'ai une question en rapport avec le débat que l'on mène tous les quatre ans et qui frise très souvent le populisme, parce que dans les médias, le lendemain, on peut lire des titres comme «Les parlementaires se succent», alors qu'en réalité ce n'est qu'une indexation, vous l'avez dit.

Ma question est la suivante: est-ce qu'il a été envisagé en commission préparatoire, c'est-à-dire dans le Bureau, d'avoir une indexation automatique tous les quatre ans, ce qui nous éviterait ce cirque absolument inutile, qui donne la partie trop facile aux gens qui nous reprochent de gagner tout à fait correctement ce que nous méritons, alors qu'eux-mêmes encaissent peut-être des revenus beaucoup plus importants?

Hodgers Antonio (G, GE), pour le Bureau: Monsieur de Buman, votre question est tout à fait pertinente, je me la suis moi-même posée. Non, je dirai que pour l'instant les Bureaux ont simplement décidé d'appliquer la loi. Je crois que cela est juste. Cela permet ce débat, cette transparence. Cela nous permet aussi, à nous députés, d'assumer nos revenus qui, comme vous l'avez dit, comme je l'ai dit et comme la comparaison européenne le montre, sont relativement modestes par rapport à l'effort fourni. Je ne peux pas vous dire autre chose que mon opinion personnelle. Je ne crois pas que les Bureaux aient approfondi votre proposition, qui tombe sous le sens.

Amstutz Adrian (V, BE): Es ist erstaunlich, wie wenig Kolleginnen und Kollegen das Thema offenbar interessiert. Die Anwesenheit im Saal ist nicht gerade grossartig.

Ich habe vorab eine Bemerkung zu den Aussagen der Büromitglieder. Wenn wir eine Teuerung haben und die Löhne anpassen, machen wir dasselbe auch umgekehrt, wenn es rückwärtsgeht? Letztes Jahr hatten wir keine Teuerung, sondern im Gegenteil einen leichten Rückgang der Preise, und im laufenden Jahr wird es wahrscheinlich auch so sein. Und darum ist es in einer Zeit, in der wir hier früher oder später über neue Sparpakete werden diskutieren müssen, in einer Zeit, in der viele Menschen ihren Gürtel enger schnallen müssen, nichts als Anstand, wenn wir aus diesem Parlament heraus ein Signal senden, dass wir auf diese Teuerungszulage, auf diese Lohnerhöhung verzichten und damit auch etwas dazu beitragen, dass die Bevölkerung unsere Entschädigungen akzeptiert. Seien wir doch ehrlich: Wenn wir die Entschädigung im Quervergleich mit jenen in KMU und von Landwirten anschauen, mit jenen in der Tourismusbranche, dann sind wir sehr gut bezahlt. Sehr gut bezahlt! Ohne Risiko notabene! Wir tragen kein Risiko, irgendwie Ende Jahr mit dem eigenen Geldbeutel geradestehen zu müssen; das tragen wir nicht, was wir auch immer tun. Es ist eben tatsächlich so, dass wir bewusst ein Milizparlament bleiben

sollten, damit die Erfahrungen, die wir aus dem realen Berufsleben mitnehmen können, auch in diesem Parlament Wiederhall finden können. Ich glaube, das ist nötiger denn je. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zu folgen und Nichteintreten zu beschliessen. Wir verdienen genug!

Huber Gabi (RL, UR): Die Vorlage hat zwei Teile. Ich spreche zum Teil Vorsorgeentschädigung.

Die geltende Vorsorgeentschädigung beträgt 13 132 Franken und entspricht 16 Prozent des im Jahr 2010 auf 82 080 Franken festgesetzten Betrages. Sie wird zu drei Viertel vom Parlament und zu einem Viertel vom Ratsmitglied bezahlt. Sie ist für alle Parlamentarier gleich hoch, also weder vom Alter noch vom steuerbaren Einkommen aus der Parlamentstätigkeit des Ratsmitgliedes abhängig. Dieses System wurde seinerzeit wegen seiner Einfachheit gewählt. Nun soll das einfache durch ein kompliziertes System ersetzt werden: Die Vorsorgeentschädigung soll neu nicht mehr als einheitlicher Betrag, sondern in Abhängigkeit des tatsächlich erzielten Einkommens aus der parlamentarischen Tätigkeit ausgerichtet werden.

Zur Begründung dieses Systemwandels heisst es im Bericht des ständerälichen Büros vom 18. November 2011 auf Seite 384, dass Aufwand, Belastung und Komplexität der parlamentarischen Tätigkeit in einem Ausmass zugenommen hätten, welches sich immer weniger mit der allgemeinen Vorstellung eines Milizparlamentes vereinbaren liesse, bzw. dass das parlamentarische Engagement zu Abstrichen in der beruflichen Tätigkeit und damit zu Einbussen in der beruflichen Vorsorge führe. Mehr oder weniger unverblümmt wird uns also berichtet, wir seien auf dem Weg zum Berufsparlament oder es werde, anders gesagt, die Abschaffung des Milizparlamentes eingeläutet. Das aber kann es nun wirklich nicht sein! Wir alle rühmen uns, wir seien ein Milizparlament, und jene, die keinem Beruf mehr nachgehen und sich «nur» der Politik widmen, tun dies freiwillig. Die zweite Säule soll gemäss dieser Vorlage dem individuellen Einkommen angepasst werden. Es soll auch darauf ankommen, wie viel Kommissionstätigkeit geleistet worden ist. Im Bericht wird auch noch beklagt, die Arbeitsbelastung der National- und Ständeräte sei nicht gleich hoch, was wohl heissen soll, die Ständeräte seien ganz besonders benachteiligt.

Fazit: Wer ein Berufsparlament wünscht, soll es nicht über die berufliche Vorsorge einführen, sondern die Forderung beim Namen nennen.

Selbstredend würden durch den Ausbau der Vorsorgeentschädigung Mehrkosten verursacht. Im Bericht wird von jährlichen Zusatzkosten von etwa 700 000 Franken gesprochen. Dazu kämen aber ganz bestimmt noch Kosten für den administrativen Mehraufwand. Der Bericht äussert sich dazu nur sibyllinisch. «Die praktische Umsetzung wird relativ aufwendig sein», steht auf Seite 388 des Berichtes. Ein gewichtiger Nachteil ist, dass die Einfachheit des heutigen Systems verlorengeht. Diese Neuregelung widerspricht dem Geist des Milizparlamentes und hat administrativ einen grossen Aufwand zur Folge. Es werden nicht nur wegen des Anstiegs der Ausgaben für die zweite Säule höhere Kosten verursacht, sondern eben auch wegen der zusätzlichen administrativen Umtriebe.

Mein Antrag unterlag im Büro des Nationalrates mit 8 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung. Ich ersuche Sie heute um Zustimmung zum Antrag der Minderheit Huber bezüglich Nichteintreten auf Vorlage 2. Ich tue dies gleichzeitig im Namen der einstimmigen FDP-Liberalen-Fraktion.

Namens meiner Fraktion äussere ich mich auch noch zu Vorlage 1 bzw. zum Antrag der Minderheit Amstutz: Im Parlamentsressourcengesetz ist vorgesehen, dass jeweils zu Beginn der Legislatur die Teuerungsanpassung zu erörtern ist. Hier wäre tatsächlich eine Gesetzesänderung sinnvoll, nämlich dahingehend, dass die Teuerungsanpassung nicht am Anfang, sondern am Ende der Legislatur geprüft wird. Damit könnte man der unschönen Unterstellung der Selbstbedienung begegnen, weil die Wiederwahl jedes Ratsmitgliedes noch anstehen würde und austretende Ratsmitglieder nicht mehr in den Genuss einer Anpassung kämen.



Was nun aber den mit Vorlage 1 geforderten Teuerungsausgleich betrifft, so ist die Teuerung seit den letzten Anpassungen in unterschiedlichen Jahren nur mässig angestiegen, nämlich gemäss Seite 285 des Berichtes um zwischen 3,6 und 6,7 Prozent. Es besteht kein objektiver Korrekturbedarf und kein Bedarf an diesbezüglichen Mehrausgaben von 1,33 Millionen Franken pro Jahr. Das ist auch aus Gründen der Solidarität mit Blick auf das wirtschaftliche Umfeld, wie dies Kollege Amstutz ausgeführt hat, nicht angezeigt. Im Namen der FDP-Liberalen Fraktion ersuche ich Sie auch bei Vorlage 1 um Nichteintreten und Unterstützung der Minorität Amstutz.

Hassler Hansjörg (BD, GR): Ich habe im Büro für Eintreten auf die beiden Vorlagen gestimmt, weil ich vor allem auch eine Diskussion in der BDP-Fraktion ermöglichen wollte. Wir haben das Thema einer Erhöhung der Entschädigung für das Parlament diskutiert und sind schlussendlich in der BDP-Fraktion zu folgendem eindeutigen Schluss gekommen: Wir haben festgestellt, dass wir ein Milizparlament sind. Wir von der BDP sind ganz klar der Meinung, dass das so bleiben soll. Wir legen Wert darauf, dass wir ein Milizparlament bleiben, weil wir auch grosse Vorteile darin sehen. Als Milizparlamentarierinnen und -parlamentarier sind wir der Meinung, dass wir angemessen entschädigt werden. Von den Befürwortern wird auch angeführt, dass wir im Vergleich mit anderen OECD-Ländern weniger gut entschädigt werden. Hier muss man einfach feststellen, dass es sich dort um professionelle Parlamente handelt und wir eben ein Milizparlament sind. Dementsprechend ist auch die Entschädigung unterschiedlich auszustalten. Wenn wir zum Milizparlament stehen, dann auch zu einer angemessenen Entschädigung für ein Milizparlament.

Ein zweiter Grund für ein Nichteintreten auf beide Vorlagen liegt in der heutigen unsicheren Wirtschaftsentwicklung und -situation. Wir wissen nicht, wohin die Eurokrise noch führen wird und was sie auf unser Land für Auswirkungen haben kann. Der starke Franken macht uns in mancherlei Hinsicht zu schaffen. Diese Situation schafft Unsicherheiten bei der Bevölkerung, auch im Hinblick auf die Zukunftsaussichten. Darum würde es die Bevölkerung nicht verstehen, wenn wir in einer Zeit der wirtschaftlichen Unsicherheiten in gewissem Masse selbstherrlich, in eigener Kompetenz eine höhere Entschädigung für das Parlament beschliessen würden.

Wir von der BDP sind klar zum Schluss gekommen, dass wir es in der heutigen Zeit auch gegenüber Leuten in einfachen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht verantworten können, unsere Entschädigungen zu erhöhen. Darum plädieren wir bei beiden Vorlagen für Nichteintreten.

Moser Tiana Angelina (GL, ZH): Wir Grünlberalen haben beide Vorlagen breit diskutiert. Klar ist Folgendes: Es ist unsympathisch und störend, wenn wir unseren eigenen Lohn anpassen, dies umso mehr, als wir als neuer Rat erst vor Kurzem unsere Arbeit aufgenommen haben. Das Parlamentsgesetz sollte deshalb so angepasst werden, dass in Zukunft der alte Rat am Ende der Legislatur über das Einkommen des neuen Rates befindet. Gleichzeitig blickt die Schweizer Wirtschaft härteren Zeiten entgegen, und da stellt sich zu Recht die Frage, ob eine Lohnanpassung für uns Parlamentarier gerechtfertigt ist. Inhaltlich wehren wir Grünlberalen uns z. B. beim Personal stets gegen Automatismen, auch gegen einen automatischen Teuerungsausgleich. Diese Gründe sprechen gegen das Eintreten auf die Vorlage. Es stellt sich aber die Frage, ob die Anpassung des Einkommens und der Vorsorge grundsätzlich angebracht sind. Dafür sprechen verschiedene Gründe: Zunächst ist festzuhalten, dass es sich nicht um eine reale Lohnerhöhung, wie es genannt wurde, und nicht um einen Automatismus handelt. Die Entschädigung wird mit unserem Beschluss einmalig an die seit einigen Jahren nicht mehr ausgeglichene Teuerung angepasst. Es ist eine Tatsache, dass der Umfang und die Komplexität der Ratsarbeit stetig zunehmen, genauso wie die Probleme, mit denen wir uns konfrontiert sehen. Das führt dazu, dass eine seriöse und vor allem auch unabhän-

gige Ratsarbeit entsprechend viel Arbeitsaufwand erfordert. Eine parallele berufliche Tätigkeit, die Einkommen und Vorsorge sichert, wird dadurch zwar nicht komplett verunmöglicht, aber deutlich erschwert. Bei allen Vorteilen des Milizsystems ist das schlicht eine Tatsache.

Für viele – auch für mich – stellt das Ratseinkommen einen Teil des Familieneinkommens dar. Gleichzeitig müssen verschiedene Ratsmitglieder zwischenzeitlich Stellvertretungslösungen für die Familienarbeit oder für ihre berufliche Tätigkeit bzw. für eine Infrastruktur, z. B. eine Arztpraxis, finanzieren, da wir wohl praktisch alle nach einem Rücktritt oder einer Abwahl wieder beruflich tätig sein möchten respektive müssen.

Das Spezielle an unserem Einkommen ist zudem das, was wir mit unseren Entschädigungen zusätzlich finanzieren. Hier zeigt sich einmal mehr der Unterschied zwischen den Mehr- und Minderheiten. Mit einem Teil des Einkommens wird nämlich oft die Partei finanziert; bei den Grünlberalen im Kanton Zürich sind das 10 Prozent des Nettoeinkommens. Dazu kommt, dass wir alle vier Jahre einen stattlichen Anteil des Einkommens in die Wahlkämpfe investieren; das allein entspricht – auch bei einem bescheidenen Wahlkampf – mehreren Zehntausend Franken.

Es kann also niemand ernsthaft von der Ratsarbeit als Hobby sprechen. Es ist eine anspruchsvolle Arbeit mit Vor- und Nachteilen, insbesondere was die berufliche Zukunft, die beruflichen Risiken anbelangt, wobei das selbstverständlich davon abhängig ist, an welchem Punkt man in der beruflichen Entwicklung steht. Es ist deshalb einmal mehr nicht erstaunlich, dass sich insbesondere jene Parteien vehement gegen die Anpassung aussprechen, die sich mit grossen Parteispenden und persönlich oft via lukrative Mandate finanzieren. Da ist es natürlich einfach, sich öffentlich für tiefe Entschädigungen einzusetzen. Die Frage ist, ob das nicht heikle Abhängigkeiten schafft.

Sinn und Zweck einer Volksvertretung kann es nicht sein, dass schlussendlich nur jene im Parlament vertreten sind, die sich via Interessenvertretungen privat finanzieren oder sich das aufgrund der Vermögenslage leisten können. Die Frage nach den finanziellen und beruflichen Risiken und Abhängigkeiten stellt sich bereits heute. Eine Verschärfung dieser Tendenz lehnen wir ab. Wir stehen zum Milizparlament. Gerade deshalb braucht es aber eine korrekte Entschädigung der Ratsmitglieder. Natürlich können wir die Entschädigungen tief halten. Wir müssen dann aber auch die Folgen akzeptieren. Folgen wären, dass wir zunehmend eine einkommensbasierte Auswahl der Volksvertreter hätten, dass die Arbeit weniger seriös erledigt würde, da wir im grösseren Umfang auch anderswo Geld verdienen müssten, und dass wir abhängiger von Interessenvertretungen oder Spendern würden.

Aufgrund der Skepsis gegenüber dem Teuerungsausgleich als solchem und dem falschen Zeitpunkt des Entscheides zu Beginn der Legislatur wird sich ein Teil unserer Fraktion bei der Vorlage zum Teuerungsausgleich der Stimme enthalten; der andere Teil wird ihr aus den genannten Gründen zustimmen.

Die Vorlage zur Vorsorge unterstützen wir Grünlberalen. Erstens sind da die genannten Probleme noch akzentuierter, und zweitens führt der Systemwechsel zu einer gerechteren Lösung.

Hodgers Antonio (G, GE), pour le Bureau: Quelques mots, tout d'abord, pour souligner qu'il s'agit ici essentiellement d'une modeste adaptation. Cette adaptation est une adaptation au renchérissement. Nous l'avons dit, et nous le répétons: il ne s'agit pas formellement d'une augmentation.

Dans toutes les entreprises qui suivent l'évolution du renchérissement, les choses se passent de la même manière en fin d'année: il y a une adaptation des salaires aux coûts réels de la vie. C'est la même chose qui est proposée dans le volet 1.

Dans le volet 2, il y a une adaptation à une réalité qui est celle-ci: les députés ne sont pas assez protégés en matière de prévoyance.



Mais ce débat, qui est somme toute mineur, en ouvre un autre un peu plus important qui est celui de la limite de notre parlement de milice.

Une des limites, nous devons en être conscients, est celle de la sous-représentation de certaines catégories de la population. Là, je suis un peu surpris des propos de Monsieur Amstutz qui vient d'un parti qui, paraît-il, défend les classes populaires les moins favorisées. Monsieur Amstutz, dans ce Parlement, combien y a-t-il d'employés, combien y a-t-il d'ouvriers, de caissières? Combien y a-t-il de secrétaires dans ce Parlement? Ces catégories-là de la population sont totalement sous-représentées dans la politique suisse!

Faire de la politique au niveau parlementaire en Suisse relève encore d'un privilège accordé à ceux qui peuvent se le permettre. Or la politique ne devrait pas être un luxe, mais un droit. Siéger dans un parlement ne doit pas être réservé à ceux qui ont une activité professionnelle qui leur donne un revenu suffisant pour qu'ils aient le temps de siéger de manière plus ou moins bénévole dans un parlement! Non, le Parlement doit être accessible à toutes les couches de la population.

Ceci implique une rémunération correcte de notre activité parlementaire.

Sur le deuxième volet, Madame Huber a tenu des propos pour le moins surprenants pour une libérale-radicale, car l'adaptation qui vous est proposée respecte avant tout le principe selon lequel chaque travail mérite salaire. Or aujourd'hui, un député qui travaille plus ne reçoit pas plus en matière de prévoyance professionnelle. Ce n'est pas logique. La proposition du Bureau est donc simple: c'est de mettre un pourcentage non pas en fonction d'un montant fixe qui est aujourd'hui de 82 000 francs, mais bien un pourcentage sur le montant effectif touché par chaque député qui n'est pas le même en fonction de l'engagement de chacun d'entre nous dans les commissions. Ce principe me semble admissible. Le taux proposé est effectivement le même que celui des cadres de l'administration fédérale. Cette proposition peut être soumise à discussion. Elle ne nous semble pas outrancière dans la mesure où le travail et la valeur ajoutée de chacun des parlementaires peuvent équivaloir à ce qui est fait par les cadres de l'administration fédérale.

C'est pourquoi je vous propose de revenir de manière plus terre à terre à ce qui vous est proposé aujourd'hui. C'est une légère adaptation des moyens affectés aux parlementaires, et je crois que nous le méritons.

Büchel Roland Rino (V, SG): Lieber Kollege Hodgers, Sie haben gesagt, dass sich eine Verkäuferin oder ein Arbeiter dieses Amt nicht leisten könnte. Wie viel verdienen Sie oder wir in diesem Amt, und wie viel verdient eine Verkäuferin oder ein Arbeiter?

Hodgers Antonio (G, GE), pour la commission: Je pense que les recettes réelles d'un député se situent entre 4000 et 5000 francs et qu'une vendeuse peut aussi gagner entre 4000 et 5000 francs; du moins à Genève. Mais siéger dans un parlement implique une énorme souplesse des horaires, ce qui affecte la vie familiale, et à partir de là il est clair que le salaire que nous recevons ici ne permet pas de compenser cette perte par rapport à un salaire fixe avec des horaires fixes. Ce n'est pas seulement le salaire qu'il faut regarder, mais l'ensemble des conditions de travail. Permettez-moi de vous retourner la question: pourquoi pensez-vous que ces catégories de la population sont sous-représentées dans notre Parlement? Nous en débattons peut-être à une autre occasion.

Graf-Litscher Edith (S, TG), für das Büro: Über die eigenen Löhne zu diskutieren, über eine Teuerung, die einen selber betrifft, zu diskutieren – das löst Emotionen aus. Es wäre ja ganz eigenartig, wenn heute keine Minderheitsanträge gestellt würden. In der Öffentlichkeit ist es natürlich auch sexy, sagen zu können, man sei der Ansicht, das Parlament verdiene sowieso schon viel zu viel, da müsse kein zusätzliches Geld gesprochen werden. Tatsache ist jedoch Folgendes:

Wissen Sie, wie viel heute für das Parlament ausgegeben wird? Es sind rund 30 Millionen Franken. Wovon sprechen wir jetzt? Wir sprechen von einem Ausgleich der Teuerung, die in den letzten elf bzw. sieben Jahren angefallen ist, was einen Betrag von 4 Prozent der 30 Millionen entspricht. Ich bitte Sie, diesem Sachverhalt auch Rechnung zu tragen. Gestatten Sie mir die folgende Bemerkung: Falls die Vorlage schlussendlich trotzdem durchkommt, wäre es vielleicht schön, eine Abstimmung darüber zu machen, wer auf den eigenen Teuerungsausgleich verzichtet.

In diesem Sinn bitte ich Sie, auf die Vorlagen 1 und 2 einzutreten. Ich denke, dass es auch im Sinn Ihrer Wählerinnen und Wähler ist, dass hier ein Parlament tagt, das nicht von Verwaltungsratsmandaten abhängig ist, sondern einen gerechten Lohn erhält.

1. Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsressourcengesetz

1. Ordonnance de l'Assemblée fédérale relative à la loi sur les moyens alloués aux parlementaires

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Amstutz, Büchel Roland, Favre Laurent, Huber)

Nichteintreten

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Amstutz, Büchel Roland, Favre Laurent, Huber)

Ne pas entrer en matière

Präsident (Walter Hansjörg, Präsident): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.468/6985)

Für Eintreten ... 74 Stimmen

Dagegen ... 78 Stimmen

2. Verordnung der Bundesversammlung über den Teuerungsausgleich für die Einkommen und Entschädigungen der Ratsmitglieder

2. Ordonnance de l'Assemblée fédérale sur la compensation du renchérissement pour les indemnités et les défraiements alloués aux parlementaires

Antrag der Mehrheit

Eintreten

Antrag der Minderheit

(Huber, Amstutz, Büchel Roland, Favre Laurent)

Nichteintreten

Proposition de la majorité

Entrer en matière

Proposition de la minorité

(Huber, Amstutz, Büchel Roland, Favre Laurent)

Ne pas entrer en matière

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 11.468/6988)

Für Eintreten ... 74 Stimmen

Dagegen ... 80 Stimmen

Präsident (Walter Hansjörg, Präsident): Beide Vorlagen gehen somit an den Ständerat zurück.

